

# Grenzregionen fordern Bundesrat heraus

Nach dem gescheiterten Rahmenabkommen mit der EU fordert Ständerätin Maya Graf mehr Mitsprache der Kantone in der Aussenpolitik.

Hans-Martin Jermann

Dass der Bundesrat einseitig die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen abgebrochen hat, stiess in der Region Basel auf Unverständnis. Negative Konsequenzen folgten auf dem Fuss: Die EU schloss die Schweiz vom Forschungsprogramm Horizon aus, das die Universität Basel in den vergangenen Jahren mit Dutzenden Millionen Franken an Fördergeldern alimentiert hatte.

Neben dem eigentlichen Entscheid sorgt auch das Vorgehen des Bundesrats für Kritik: «Er hat vor dem Abbruch die Kantone nicht konsultiert», sagt die Baselbieter Ständerätin Maya Graf (Grüne). Dabei spürten die beiden Basel als Grenz Kantone die Folgen des Abbruchs und die damit einhergehende Unsicherheit besonders.

## Bundesrat: Aussenpolitik sei Sache des Bundes

Mit einem Vorstoss, der heute Mittwoch im Ständerat behandelt wird, fordert Graf, dass die Kantone künftig bei aussenpolitischen Entscheiden des Bundes ein verschärftes Mitspracherecht erhalten. Die Baselbieter Vertreterin im Stöckli wird es mit ihrem Anliegen schwer haben; der Bundesrat lehnt dieses dezidiert ab. Erstens sei laut Verfassung Aussenpolitik prinzipiell Sache des Bundes. Zweitens würden die Kantone bereits heute via Anhörung in die Vorbereitung aussenpolitischer Entscheide einbezogen, findet die Landesregierung.

Das weiss Maya Graf natürlich alles. Sie fordert vom Bundesrat denn auch, dass er eine Auslegeordnung vornehme und Möglichkeiten aufgezeige, wie und in welchen Gremien die Kanto-



Die Baselbieter Ständerätin Maya Graf musste für ihren Vorstoss im Stöckli Überzeugungsarbeit leisten.

Bild: Keystone (8. September 2020)

«Die kleine Schweiz, die Aussenpolitik für sich alleine macht, gibt es so nicht mehr.»

Maya Graf  
Baselbieter Ständerätin (Grüne)

ne stärker und vor allem früher einbezogen werden könnten. «Da besteht ein relativ grosser Spielraum», ist sie überzeugt. Insbesondere die Grenz Kantone würden immer stärker über die Landesgrenzen hinaus mit Körperschaften und Institutionen im benachbarten Ausland zusammenarbeiten. «Viele Regionen in der Schweiz, neben Basel auch Genf, das Tessin oder die Bodenseeregion, bilden über die Grenzen hinaus einen gemeinsamen Wirtschafts-, Lebens- und Kulturraum.» Dieser Entwicklungen müsse der Bundesrat Rechnung tragen. «Die

kleine Schweiz, die Aussenpolitik für sich alleine macht, gibt es so nicht mehr.»

## Kantone forderten schon vor Jahren Ähnliches

Selbst wenn Graf mit ihrem Vorstoss im Bundesparlament einen schweren Stand haben dürfte, aus der Luft gegriffen ist dieser freilich nicht. Der damalige CVP-Ständerat Filippo Lombardi forderte 2019 eine stärkere Mitsprache des Parlaments beim Rahmenabkommen. Bereits 2013 beantragte die Konferenz der Kantonsregierungen (KDK), dass der Bund die Kantone um-

gehend und umfassend über aussenpolitische Vorhaben informiert. Auch brachten die Kantone damals ein neues gemeinsames Organ von Bund und Kantonen für den Austausch und die Meinungsbildung in europapolitischen Fragen ins Spiel.

Mit ihrem Positionspapier vom Dezember 2013 sind die Kantone beim Bund allerdings aufgelaufen: «Von den Forderungen ist kaum etwas umgesetzt», bestätigt KDK-Generalsekretär Roland Mayer auf Anfrage. Die damalige Begründung des Bundesrates, weshalb man

vorerst auf innerstaatliche Reformen verzichten wolle, wirkt angesichts der Entwicklungen der letzten Monate fast schon ironisch: Man wolle zunächst den Abschluss des Rahmenabkommens mit der EU abwarten.

Dass nun der Bundesrat auch Graf's Vorstoss ablehnt, kommt für Mayer nicht überraschend. Die Feststellung, dass die Kantone bereits heute bei aussenpolitischen Fragen angehört werden, sei gewiss korrekt. «Nur ist sie aus Sicht einer Mehrheit der Kantone eben verbesserungswürdig – das haben die Umstände des Abbruchs der Verhand-

lungen zum Rahmenabkommen gezeigt», betont Mayer.

Die Basler Ständerätin Eva Herzog (SP) unterstützt den Vorstoss ihrer Baselbieter Amtskollegin, auch wenn sie befürchtet, dass eine verbindliche Mitsprache der Kantone kaum umgesetzt werden kann. Der Vorstoss sei im Sinne einer Meinungskundgebung aber wichtig. Insbesondere die Grenz Kantone würden unter der aktuellen Aussenpolitik leiden, sagt Herzog und fügt an: «Für mich ist daher klar, wir müssen den Druck aufrechterhalten und den Bundesrat mit Forderungen zudecken.»

## Baselbieter Grüne opfern Kantonsbudget

Partei will Finanzplan zurückweisen und um 50 Millionen Franken für die Umwelt aufstocken.

Es wäre eine schallende Ohrfeige für die gesamte Baselbieter Regierung: In einer Woche könnte der Kanton ohne Budget und ohne Aufgaben- und Finanzplanung (AFP) 2022 bis 2025 dastehen. Im jüngst publizierten Bericht der Finanzkommission (Fiko) steht, dass ein Antrag auf Rückweisung des AFP an die Regierung angekündigt wurde. Würde dies im Landrat eine Mehrheit finden, dürfte die Regierung so lange nur die für die Verwaltungstätigkeit unerlässlichen Ausgaben tätigen, bis er den AFP überarbeitet hätte. Mit der Rückweisung verbunden wäre der Auftrag an die Regierung, «den AFP mit einem Programm aus konkreten Massnahmen zugunsten des Klimas im Umfang von 50 Millionen Franken über die nächsten vier Jahre zu ergänzen», heisst es im Bericht.

Wie die bz weiss, stecken die Baselbieter Grünen hinter die-

sem ungewöhnlichen Antrag. Fiko-Mitglied Klaus Kirchmayr bestätigt auf Anfrage, dass er das Anliegen in die Kommissionssitzung eingebracht hat: «Wir finden es enttäuschend, dass man bei fast 100 Mittel- und Langfristzielen des AFP jene zum Klimaschutz an einer Hand abzählen kann. Für die Senkung der Vermögenssteuer für die Reichsten wird ein dreistelliger Millionenbetrag aufgewendet – fürs Klima kaum etwas. Der Kanton setzt die falschen Prioritäten. Damit sind wir nicht einverstanden.» Jetzt sei der Zeitpunkt, endlich ins Klima zu investieren: «Wir haben die beste Finanzlage dieses Jahrtausends. Wann, wenn nicht jetzt?». Er zeigt sich zudem überzeugt, dass die Regierung die 50 Millionen Franken relativ rasch als Pauschalpositionen in den AFP einbauen könnte. Konkrete Massnahmen könnten dann später definiert werden.

In der Fiko blieben die bei-

den grünen Vertreter Kirchmayr und Laura Grazioli damit chancenlos. Mit 10 zu 2 Stimmen empfiehlt die Kommission dem Landrat, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Was auffällt: Mit EVP-Landrat Thomas Buser hat sogar der Fraktionskollege der Grünen Nein gesagt, wie er der bz bestätigt: «Beim Budget geht es um konkrete Massnahmen und nicht um Pauschalforderungen. Ausserdem hat mich die Regierung überzeugt, dass im AFP durchaus diverse Klimaschutz-Ziele vorhanden sind.» Buser sei auch erst sehr kurzfristig von Kirchmayr informiert worden.

## Nicht einmal die SP unterstützt das Manöver

Damit war er nicht alleine. «Wir wurden sehr überrascht vom Antrag», sagt auch SP-Mitglied Pascale Meschberger. Der Kanton brauche ein verabschiedetes Budget. «Wir von der SP kritisieren auch, dass es dem AFP

beim Klimaschutz mangelt, aber der Weg der Grünen ist der falsche.» Besser seien konkrete Budgetpostulate.

Deutlich wird Saskia Schenker von der FDP: «Das buche ich unter reinem Vorwahlkampf der Grünen ab. Es kam kein konkreter Vorschlag, sondern man will bloss die Bühne der Budgetdebatte nutzen.» Der AFP sei nicht dafür gedacht, pauschal grosse Summen einzustellen. Schenker geht einen anderen Weg und fordert per Vorstoss erst eine Auslegeordnung über alle Umweltmassnahmen.

Dabei sieht sie vor allem auch den grünen Bau- und Umweltschutzdirektor Isaac Reber in der Verantwortung. Tatsächlich übt hier auch Kirchmayr leise Kritik am eigenen Regierungsrat: «Wir sind nicht glücklich und das bekommt Isaac durchaus von uns zu hören. Die Regierung ist nun gefordert.»

Michael Nitthaus

## Geissenriss in Lauwil: Es war tatsächlich ein Wolf

**DNA-Analysen** Am 18. November wurden in Lauwil sieben Hausziegen gerissen (die bz berichtete). Sofort kam der Verdacht auf, dass ein Wolf dies getan haben könnte – aber ganz sicher konnte man bisher nicht sein. Jetzt bestätigen DNA-Analysen: Es war tatsächlich ein Wolf, der in Lauwil zubiss. Das zeigen Untersuchungen des zuständigen Labors der Universität Lausanne, wie das Amt für Wald beider Basel jetzt mitteilt.

Unklar bleibt, ob es sich beim Wolf, der in Lauwil zugeschlagen hat, um dasselbe Tier handelt, das vier Tage später in Zeglingen fotografiert worden ist, wie das Amt für Wald weiter schreibt. Die Stiftung Koordinierte Forschungsprojekte zur Erhaltung und zum Management der Raubtiere in der Schweiz (Kora) hatte das in Zeglingen gesichtete Tier offiziell als Wolf bestätigt. Es war das erste Mal, dass ein Wolf im Basbiet zweifelsfrei festgestellt wurde. Der Riss in Lauwil, der

jetzt ebenfalls bestätigt worden ist, fand allerdings vier Tage vorher statt. Damit ist er wohl als erstes Auftauchen des Wolfs im Kanton zu werten. Bereits am 12. November war in Nunningen ein Tier in eine Fotofalle geraten, es war die erste bestätigte Sichtung eines Exemplars im Schwarzbubenland.

Wie viele Tiere gerade in der Region unterwegs sind, weiss niemand. «Da Wölfe in kurzer Zeit weite Distanzen zurücklegen können, ist zurzeit unklar, ob sich der Wolf nach wie vor im Basbiet aufhält oder bereits weitergezogen ist», schreibt der Kanton. Aktuell würden schweizweit zwischen 130 und 150 Wölfe leben. «Es ist jederzeit damit zu rechnen, dass Einzeltiere in den Kanton Basellandschaft einwandern.» Der Kanton bittet die Bevölkerung, verlässliche Beobachtungen einer Wolfspräsenz dem Amt für Wald zu melden, oder allenfalls der Polizei. Das Amt berät zudem Herdentierhalter. (mec)